

Gender-Balance, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen: wir haben ein (Daten-)Problem! : Kommentar

Wilshusen, Fiona; Saleh, Lamis

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilshusen, F., & Saleh, L. (2022). *Gender-Balance, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen: wir haben ein (Daten-)Problem! : Kommentar*. (BICC Commentary, 25. November 2022). Bonn: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-85829-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

25. November 2022

Kommentar \ **Gender-Balance, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen: Wir haben ein (Daten-)Problem!**

Weitere Informationen:

SUSANNE HEINKE

*Chief Officer Public Relations
Leiterin der Stabsstelle Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit*

+49 (0)228 911 96-44
pr@bicc.de

Seit 2000 wird am 25. November der Internationale Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen begangen. Er sollte ein Zeichen setzen, „Rechte und Freiheiten im Falle von Gewalt gegen Frauen zu schützen und zu fördern.“ Die Autorinnen des BICC-Kommentars Fiona Wilshusen und Dr. Lamis Saleh sehen die Welt von diesem Ziel immer noch weit entfernt. Denn wenn es um empirische Analyse der Zusammenhänge von Gender-Balance, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen geht, gibt es ein Riesenproblem: Es fehlen die Daten!

Im Jahr 2000 wurde am 25. November zum ersten Mal der *Internationale Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen* begangen. Vor der Verabschiedung der Resolution äußerte die Generalversammlung ihre Beunruhigung darüber, „dass Frauen nicht in den vollen Genuss ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten kommen“ sowie die Besorgnis darüber, „dass es nach wie vor nicht gelungen ist, diese Rechte und Freiheiten im Falle von Gewalt gegen Frauen zu schützen und zu fördern.“ In Anerkennung ihrer zentralen Rolle für einen nachhaltigen Frieden, wurde im gleichen Jahr die UN-Resolution 1325 durch den Sicherheitsrat verabschiedet, um die Präsenz von Frauen in Friedens- und Sicherheitsprozessen zu verstärken.

Heute, 22 Jahre später, müssen wir leider sagen: Von diesen Zielen sind wir noch immer (!) weit entfernt. Die Frage ist – warum?

Dass [geschlechtergerechte Staaten nicht nur stabiler, sondern auch friedlicher sind](#), ist kein Geheimnis. Gleichzeitig stellen feministische Wissenschaftler:innen schon lange einen Zusammenhang zwischen Patriarchat, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen her. So werden in militarisierten Gesellschaften Frauen nicht nur als untergeordnet konstruiert, Gewalt und Aggression werden auch als legitime Mittel der Konfliktlösung etabliert. Es liegt also mehr als nah, dass solche gesellschaftlichen Verhältnisse auch das Level von geschlechtsspezifischer Gewalt erhöhen.

Wenn wir aber die Zusammenhänge von Gender-Balance, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen empirisch analysieren möchten, stoßen wir bald auf ein großes Problem: Uns fehlen die Daten!

Die Datenlage – ein Armutszeugnis

Ein Blick auf einschlägige Indexe untermauert diese Einschätzung: Der [BICC Globale Militarisierungsindex](#) legt zwar seinen Schwerpunkt auf Ressourcenverteilung und

Bedeutung des Militärapparats von Staaten im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes. Allerdings differenziert er dabei nicht, sodass geschlechtsspezifische Effekte außer Acht gelassen werden. Der [#SHEcurity-Index](#) hingegen ist durchaus ein Meilenstein, der den Status Quo der Repräsentanz von Frauen in der Außen- und Sicherheitspolitik abbildet – doch fällt mit einem Blick auf die Datenlage vor allem eins auf: große Leere. Denn ein Großteil der Länder ist nicht in der Lage (oder willens?), Auskunft über den Anteil von Frauen in Polizei und Militär zu geben. So ist z. B. auch der Frauenanteil in der deutschen Bundeswehr konstant erst ab 2011 verfügbar. Noch besorgniserregender ist die Datenlage für geschlechtsspezifische Gewalt. Die wenigen vorhandenen Datenbanken beschränken sich meist auf sexualisierte und/oder Intimpartner:innengewalt und sind zudem geographisch und zeitlich lückenhaft. Gerade hier ist außerdem von einer großen Dunkelziffer auszugehen. Es existiert – so unser Kenntnisstand – schlicht kein Index für geschlechtsspezifische Gewalt, der für eine umfassende empirische Analyse verwendet werden könnte.

Spätestens an dieser Stelle drängt sich folgende Beobachtung auf: Über 20 Jahre nach der Verabschiedung der oben genannten UN-Resolutionen, die unabhängig voneinander geschlechtsspezifische Fragen in das Zentrum der Debatte um Sicherheit und Frieden rücken sollen, haben wir nicht mal *the bare minimum*, also die Basis für eine grundlegende Analyse erreicht. Ein Armutszeugnis. Denn nicht nur um den Status Quo abzubilden, sind Begriffsdefinitionen und die Erhebung von Daten grundlegend. Auch um Fort- und Rückschritte zu dokumentieren sowie Druck auf politische Entscheidungsträger:innen ausüben zu können, ist die Kenntnis über die tatsächliche (Daten-)Lage kritisch. Mit den (wenigen) vorhandenen Daten, widmen wir uns im Folgenden einer ersten Analyse.

Was hat die Präsenz von Frauen in der Sicherheits- und Außenpolitik mit dem Militarisierungsgrad zu tun?

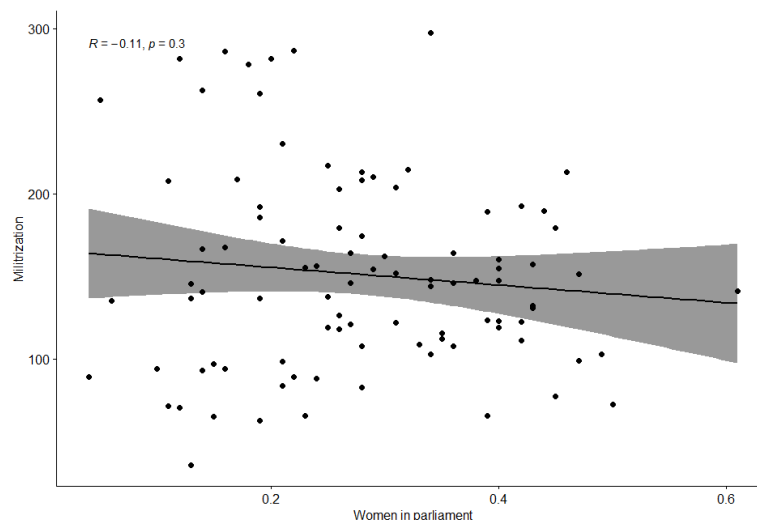
Mit der Resolution 1325 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2000 den Grundstein für die Agenda “Frauen, Frieden und Sicherheit” (engl. Women, Peace, and Security; WPS-Agenda) gelegt. Damit wurde nicht nur anerkannt, dass Frauen eine wichtige Rolle in Friedens- und Sicherheitsprozessen spielen – ihre Anwesenheit sollte durch die Resolution auch explizit gefördert werden. Eine Gender-Balance in politischen Prozessen und Entscheidungsgremien wird so (zurecht!) als Basis für nachhaltigen Frieden anerkannt.

Der #SHEcurity-Index zieht Bilanz der Umsetzung der WPS-Agenda und evaluiert, inwiefern Frauen im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik präsent sind. Dafür liefert er Daten über die Vertretung von Frauen in nationalen Parlamenten, im Militär, bei der Polizei und im diplomatischen Dienst sowie in bestimmten

Entscheidungspositionen wie dem Außen- und Verteidigungsministerium. Der Datensatz umspannt den Zeitraum von 2000 bis 2021 und bietet so eine gute Basis, um Fort- und Rückschritte in der Repräsentanz von Frauen im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik seit der Verabschiedung der UNSCR 1325 nachzuzeichnen.

Um herauszufinden, inwiefern die Präsenz von Frauen im politischen System sowie in der Sicherheits- und Außenpolitik mit dem Militarisierungsgrad eines Landes zusammenhängt, haben wir uns einige der jüngsten Daten aus dem #SHEcurity-Index sowie aus dem BICC Globalen Militarisierungsindex angesehen. Sie decken 97 Länder für das Jahr 2022 ab. Wir wollten wissen, wie die Korrelation zwischen Militarisierung einerseits und die Vertretung von Frauen in verschiedenen Bereichen der Politik (Parlamentssitze, Leitung Verteidigungsministerium, Leitung Außenministerium) andererseits aussieht.

Abbildung 1 bildet die Korrelation zwischen dem Anteil von Frauen im Parlament und dem Militarisierungsgrad ab. Diese zeigt, dass ein Zusammenhang zwischen beiden Variablen besteht. In anderen Worten: Je mehr Frauen im Parlament vertreten sind, desto geringer scheint die Militarisierung zu sein.



Ähnliche Ergebnisse weisen die folgenden Abbildungen 2 und 3 auf.

Abbildung 2 stellt die Korrelation zwischen dem Militarisierungsgrad und der Anzahl an Jahren dar, in denen die Länder in den letzten zehn Jahren eine **Verteidigungsministerin** hatten.

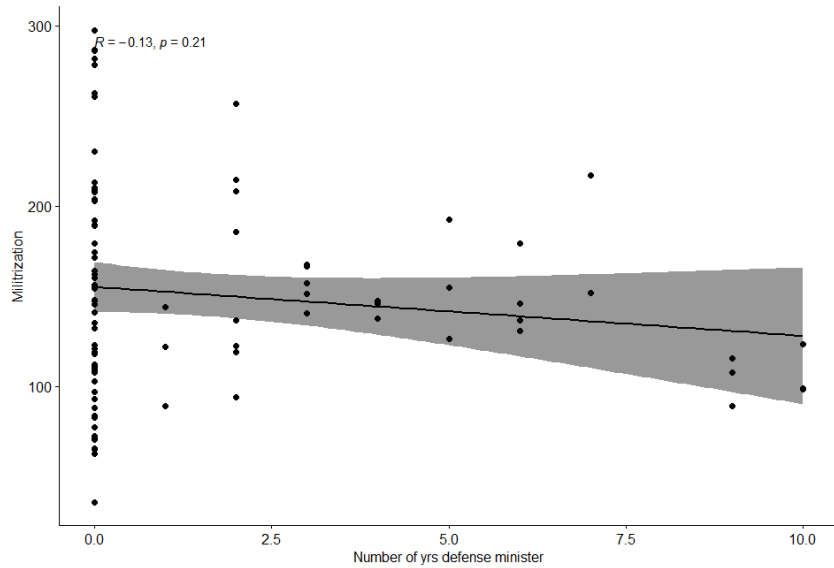
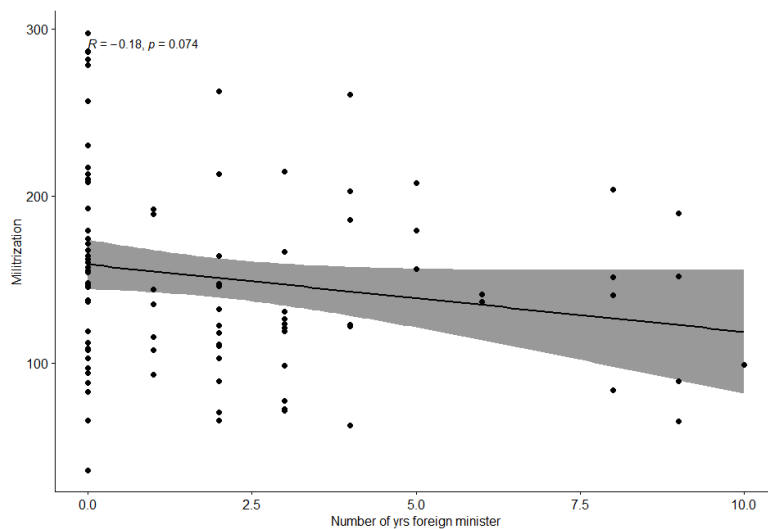


Abbildung 3 bildet die Korrelation zwischen Militarisierungsgrad und der Anzahl an Jahren mit **Außenministerin** ab.



Beide Korrelationen scheinen nahezuzeigen, dass eine höhere Beteiligung von Frauen in den relevanten Ämtern zu einer Reduzierung der Militarisierung beitragen kann.

Leider ist die Abdeckung anderer durch [#SHEcurity](#) bereitgestellten Variablen – etwa der Anteil von **Frauen in Militär und Polizei** – so gering, dass sie eine globale Analyse nicht zulassen. Hier zeigt sich abermals: Wir haben ein (Daten-)Problem!

Militarisierung, Maskulinität und geschlechtsspezifische Gewalt – wo sind die Datenlücken?

Wie Cynthia Enloe bereits 1983 feststellte, sind Militarisierung und das Patriarchat eng miteinander verbunden und verstärken sich gegenseitig. Demnach werde [militarisierte Maskulinität](#) als dominant, tough, aggressiv wahrgenommen, während das Feminine als untergeordnet und schutzbedürftig konstruiert wird. Da diese Beziehung stark hierarchisch ist, werden durch sie ungleiche Geschlechterbeziehungen gefestigt.¹ Die gilt auch heute noch, da sich an der männlichen Dominanz im Militär wenig geändert hat: So dauert es laut dem aktuellen [#SHEcurity Report](#) bei dem derzeitigen Tempo noch weitere 154 Jahre, bis eine Gendergleichheit in den Armeen dieser Welt erreicht wird.

Eine weitere Annahme über die Verbindung zwischen Militarisierung und geschlechtsspezifischer Gewalt ist, dass in einer militarisierten Gesellschaft Aggression und Gewalt normalisiert und als legitime Wege der Konfliktlösung etabliert werden. So hat eine steigende Militarisierung Auswirkungen auf das Level an [physischer, struktureller und kultureller Gewalt](#). Von dieser sind Frauen oft in besonderem Maße betroffen. Nach dem [BICC Globalen Militarisierungsindex](#) geben hoch militarisierte Staaten große Mengen ihres Staatshaushaltes für den militärischen Sektor aus, was oft einhergeht mit geringeren Ausgaben im sozialen, Bildungs- und Gesundheitsbereich. Dies sind gerade jene Bereiche, von denen Frauen überproportional betroffen sind. [Andere Studien](#) wiederum sprechen von einer direkten Verbindung zwischen Militarisierung und geschlechtsspezifischer Gewalt, da staatliche Sicherheitskräfte z. B. (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Bereich und privaten Raum ausüben.

Um den Zusammenhang zwischen Militarisierung und geschlechtsspezifischer Gewalt genauer zu untersuchen, muss ein direkter Bezug zu den tatsächlichen Raten der physischen Gewalt gegen Frauen hergestellt werden. Soweit wir wissen, gibt es allerdings keinen indexbasierten und aktuellen Datensatz zur Messung geschlechtsspezifischer Gewalt. Die Datenkomposition existierender Datenbanken weist über die Jahre hinweg in den einzelnen Ländern große Lücken auf und ist daher

¹ Dieses Machtgefälle wirkt nicht nur geschlechtsspezifisch, die Konstruktion von militarisierter Maskulinität ist ein Gegenentwurf zu jeglichem „Anderen“ und basiert damit auf Heterosexismus, Homophobie, Misogynie und Rassismus. Im Rahmen dieses Kommentares fokussieren wir uns aber auf geschlechtsspezifische Implikationen.

mangelhaft. Gleiches gilt für die geschlechtsspezifischen Auswirkungen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Ganz offenbar ist Gender-Balance auf politischer Ebene einer der Schlüssel, um nicht nur Militarisierung, sondern so auch mit ihr verbundene geschlechtsspezifische Gewalt zu reduzieren. Um diesen Nexus von Geschlechtergerechtigkeit, Militarisierung und Gewalt gegen Frauen eingehender studieren bzw. verstehen zu können, sind sowohl mehr grundlegende Datenerhebung als auch mehr Forschung vonnöten.

Unser Fazit zwei Jahrzehnte nach der Verabschiedung der UNSCR 1325 sowie der Initiierung des *Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen* lautet deshalb: Wir brauchen nicht nur Repräsentanz, Rechte und Ressourcen, sondern vor allem Daten, um geschlechtsspezifische Effekte in Bezug auf Militarisierung und Sicherheit analysieren bzw. verstehen zu können. Erst ein solches informiertes und differenziertes Verständnis erlaubt sinnvolle und gezielte politische Interventionen!

Fiona Wilshusen und Dr. Lamis Saleh